

1. MAI 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Rede von Pierre-Yves Maillard zum 1. Mai 2022

Ein demokratisches Land ist nur dann stark, wenn es seine Versprechen auch hält

Liebe Kolleginnen und Kollegen

In diesem Frühling 2022 wird das demokratische Ideal attackiert, wie selten in den letzten Jahrzehnten. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns, dass Diktaturen es nicht lange hinnehmen, wenn Völker neben ihnen ihre Zukunft frei beschliessen und gestalten. Sobald sie sich stark genug fühlen, zögern sie nicht, barbarische Kriege zu entfesseln, um dieses Ideal zu zerstören. Demokratie ist für sie ein Risiko, weil sie wissen, dass ihr Volk dieses Ideal genauso schätzt wie wir. Es ist nicht wahr, dass gewisse Völker nicht für Demokratie geeignet seien. Freiheit ist kein kulturelles Konstrukt. Sie ist ein universelles Gut. Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind menschliche Werte – und nicht westliche Werte.

Wir Gewerkschaften brauchen Demokratie, wie ein lebendiges Wesen Sauerstoff braucht. Ohne Demokratie können wir unsere Rolle nicht wahrnehmen. Und ohne freie Gewerkschaften gibt es auch keine echte Demokratie. Darum sind wir vom Krieg in der Ukraine direkt betroffen. Darum sind wir mit den Ukrainerinnen und Ukrainern solidarisch, weil es um die Demokratie in Europa und in der Welt geht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie ist ein Versprechen, das auch gehalten werden muss! Wenn nicht, ist sie nur eine leere, kraftlose Hülle. Dieses Versprechen ist, dass jeder und jede das Recht hat, ein würdiges Leben zu führen. Jede und jeder hat Recht auf eine würdige Erziehung, eine würdige Arbeit und auf einen würdigen Ruhestand. Jede und jeder hat Recht auf den Schutz seiner Gesundheit und seiner Sicherheit. Diese grundsätzlichen Güter und einige andere können nicht nur für ein Teil der Bevölkerung gesichert sein, nicht nur für die diejenigen aus gutem Hause. Wenn Freiheit nur dazu dient, Reiche reicher und Starke stärker zu machen, dann ist sie keine demokratische Freiheit. Demokratie braucht gewisse soziale Sicherheiten, um echt zu sein.

Diese Wahrheit haben die westlichen Demokratien während der letzten Jahrzehnte allzu oft vergessen. Das hat den Diktaturen geholfen, in Europa wie in anderen Regionen der Welt. Freie Märkte allein machen noch keine echte Demokratie. Nach dem 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hätten wir das wissen sollen. Aber die Ideologen des freien Marktes kennen und mögen die Geschichte nicht.

In der Schweiz leiden die entscheidenden Kreise an der gleichen Amnesie. Das Abstimmungsprogramm vom September ist ein perfektes Beispiel dafür. Wenn die Bundesvorlagen angenommen werden, wird eine Krankenschwester oder eine Verkäuferin, die seit Jahrzehnten hart arbeitet, ungefähr 25'000 Franken AHV-Leistungen verlieren, während ein reicher Obligationeninhaber keine Verrechnungsteuer mehr bezahlen müsste. Zusätzlich müsste die Krankenschwester, die Verkäuferin oder der Maurer noch 0,4 Prozentpunkte mehr Mehrwertsteuer bezahlen, während der Lohn vermutlich schon nicht einmal mehr die Inflation ausgleichen würde. Dazu wollen die bürgerlichen Parteien noch, dass die 10 Prozent Reichsten zweimal mehr als heute in die dritte Säule investieren können und dafür ein Steuergeschenk von circa 800 Millionen Franken pro Jahr bekommen. Fast genauso viel, wie mit der Erhöhung des Frauenrentenalters gespart werden soll.

Und das ist noch nicht alles. Die Krankenkassenprämien welche die Familien und die Rentner mit kleinen und mittleren Einkommen so stark belasten, werden brutal steigen – während sich die Kantone gleichzeitig darauf vorbereiten, ihre grossen Gewinne mittels Einkommenssteuersenkungen zurückzugeben, von denen nur die reichsten 30 Prozent wirklich profitieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – das geht zu weit! Es ist genug!

Die Versprechen unseres demokratischen Landes sind in unserer Verfassung verankert. Darin steht, dass Frauen gleich viel wie Männer verdienen müssen. Darin steht, dass die Renten das Lebensniveau während des aktiven Lebens erhalten müssen. Darin steht, dass die AHV die Existenz sichern muss.

Wann werden diese Versprechen endlich eingehalten werden?

Und wann wird das Versprechen des Bundesrates eingehalten, dass die Krankenkassenprämien 8 Prozent eines normalen Einkommens nicht übersteigen sollen?

Die Stärke der schweizerischen Demokratie ist, dass das Volk eingreifen kann, wenn die Politik ihre Versprechen nicht hält. In den nächsten Monaten werden wir entscheiden können, ob das Rentenalter grenzenlos steigen soll, ob die Krankenkassenprämien grenzenlos steigen sollen. Mit unserem Referendum gegen die AHV-Vorlage und mit der 10%-Initiative der SP, die der SGB unterstützt, können wir eine Grenze setzen.

Es ist möglich, und es ist dringend notwendig, die Versprechen unserer Demokratie zu halten, so wie es möglich war, die AHV zu schaffen.

So wie es möglich war, die AHV während Jahrzehnten kontinuierlich auszubauen, trotz einer starken Erhöhung der Lebenserwartung.

Es ist möglich und es ist dringend notwendig, die Lebenskosten und die Fixkosten mit guten Löhnen, guten Renten und mit einer genügenden Prämienverbilligung auszugleichen. Im Waadtland existiert eine Plafonierung der Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Einkommens. Das zeigt, dass dies in der ganzen Schweiz möglich wäre.

Während einigen Perioden seiner Geschichte hat unser Land seine Versprechen gehalten. Die Lehren aus dieser Geschichte können uns in dieser Zeit grosser Herausforderungen helfen. Wenn wir die Energiewende umsetzen wollen, müssen wir uns daran erinnern, dass wir ungeheure Staudämme bauen und alle Haushalte im Land ans Energienetz anschliessen konnten. Und das alles in einer Zeit, in der wir viel ärmer waren als heute.

Der ökologische Wandel kann sozial sein, wenn wir ihn mit langfristigen öffentlichen Investitionen und mit der Logik des Service public statt mit unsozialen Konsumsteuern und Marktmechanismen umsetzen.

Wenn die Schweiz und die EU die Demokratie langfristig verteidigen wollen, sollten sie aus dieser Geschichte lernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es braucht Mut und Kraft, die Demokratie auszubauen und zu verteidigen. Seit mehr als einem Jahrhundert sind wir diese mutige Kraft, die für die Versprechen der Demokratie kämpft, um sie zu verwirklichen. Mehr denn je müssen wir diesen Kampf weiterführen.

Es lebe die Demokratie!

Es lebe die Gewerkschaftsbewegung!

Ich wünsche euch allen einen fröhlichen und kämpferischen 1. Mai.